

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 03.06.2025
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kruse, Detlef
Noetzel, Sabine

CDU-Fraktion

Held, Wilke
Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Göring, André
Nützel, Christian

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Mennenga, Lars

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Deitenbach, Daniel
Höcker, Eike
Kröger-Vodde, Malte
Mentjes, Zerrin
Termöhlen, Claas
Thoma, Jörg (bis 19:11 Uhr)

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker

von der Verwaltung

Christians, Jörg
Philipps, Gaby
Groeneveld, Michael
Wermuth, Wilma
Preßler, Isabell

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Protokollführung

Klaaßen, Celina

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und bittet aufgrund der Vielzahl der Besucherinnen und Besucher darum, dass alle fair miteinander umgehen, jeder zu Wort kommen und sich aussprechen kann.

Anschließend eröffnet sie die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Kruse teilt mit, dass die Tagesordnung in Absprache mit den Ausschussmitgliedern geändert worden sei. Der Vortrag zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Emden werde vor die Einwohnerfragestunde verschoben, damit die Einwohnerinnen und Einwohner danach Fragen stellen könnten.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses am 19.02.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses am 19.02.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Kruse erklärt, dass die Einwohnerfragestunde gemäß der Geschäftsordnung des Rates eine Länge von 30 Minuten nicht überschreiten solle und die Einwohnerinnen und Einwohner aus Emden ihre Fragen stellen könnten. Sie bittet darum, dass die Fragen zügig gestellt werden, und diese falls die Zeit nicht ausreiche, später durch die Verwaltung beantwortet und ins Protokoll aufgenommen würden.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Frau Rautmann, Rektorin der Oberschule Herrentor, fragt, wie die Zahl der zweizügigen Klassen an der Herrentorschule zustande komme, da in allen Klassen dreizügig und im Jahrgang 9 sogar fünfzügig unterrichtet werde.

Herr Grendel bestätigt, dass Frau Rautmann recht habe, was die derzeitige Entwicklung betreffe, aber der Trend rückläufig sei. Die Prognose würde in eine andere Richtung zeigen. **Frau Rautmann** äußert, dass auch in diesem Jahr wieder mehr Anmeldungen erwartet würden, sodass erneut mehr Klassen eingerichtet werden müssten.

Ein Lehrer und Mitglied des Personalrates an der OBS Herrentor fragt, wie eine Entscheidung zur Förderung wohnnaher Beschulung ohne vorherige Befragung der Eltern als demokratisch legitimiert betrachtet werden könne, insbesondere bezüglich der Schulwahl und der Nähe der Schulen.

Herr Grendel erläutert, dass sich die Diskussion im Bereich der strategischen Schulentwicklungsplanung bewege und auf einem gesetzlich festgelegten Verfahren basiere, das auch Regulierungsmaßnahmen ermögliche. Ohne solche Maßnahmen würde die Schulverwaltung ständig auf kurzfristige Schwankungen in der Schulanwahl reagieren müssen, was zu ineffizienten Umbauten führen würde. Die geplante Schulentwicklungsplanung sei ein legitimes Verfahren und diene einer langfristigen Stabilität.

Er weist darauf hin, dass die Verwaltung sich in dieser Phase nicht konkret auf einzelne Schulen beziehe, sondern eine gesamtheitliche, strategische Planung verfolge. Die Beteiligung der Eltern und des Personalrates der Herrentorschule sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht erforderlich, da die Planung zunächst auf einer strategischen Ebene stattfinde. Zudem betont er, dass die Planung auf die Bedürfnisse der Kinder ausgerichtet sei und nicht auf die der Lehrer. Es gehe zu dem nicht darum, eine Schulform abzuschaffen, sondern die bestehenden Strukturen in Reflektion der Nachfrage zu optimieren. Auch die Oberschulen würden weiterhin bestehen und könnten weiterhin von den Eltern gewählt werden.

Zum Schluss erinnert er an die Überführung der Real- und Hauptschule vor etwa zehn Jahren in die Oberschule, die ebenfalls einen langen Diskussionsprozess erfordert hatte.

Herr Rüschendorf, Lehrer an der OBS Herrentor, fragt, wie die pädagogische Lücke geschlossen würde, wenn die Schule abwickelt werde, da sie das einzige Angebot für Realschulklassen ab der 8. Klasse sei. **Herr Grendel** antwortet, dass die OBS im Wesentlichen eine Zusammenfügung von Haupt- und Realschule darstelle. In der OBS Herrentor sei die benannte Form besonders stark ausgeprägt, da dort noch Realschul-Lehrpersonal aus der Historie der Schule vorhanden sei. Er stellt jedoch klar, dass Realschulabschlüsse auch an anderen Oberschulen und auch an der IGS abgelegt werden könnten.

Herr Klose, Lehrer an der OBS Herrentor, fragt, wie das Konzept der IGS in den Räumen der Herrentorschule umgesetzt werden solle, da die Schule unter Denkmalschutz stehe und nicht verändert werden könne. **Herr Grendel** räumt ein, dass das ein praktisches Problem sei, das noch gelöst werden müsse. Der Schulentwicklungsplan sei das zu erarbeitende und politisch zu beschließende Zieldokument, die operative Umsetzung an den einzelnen Schulen würde erst nach einem Grundsatzbeschluss angegangen werden, es bestehe aber keine Unmöglichkeit, da die Raumkonzepte durchaus ähnlich seien. Es gebe auch keine Verpflichtung, die 5. und 6. Jahrgänge der IGS dort unterzubringen, man könne in der Umsetzung auch andere organisatorische Lösungen finden.

Frau von Cölln, Lehrerin an der OBS Herrentor, weist auf die hohe Schulabbrecherquote hin und fragt, welche Konsequenzen die Stadt Emden daraus für die Gestaltung der Schullandschaft

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

ziehe. Studien zeigten, dass kleinere Schulen zu besseren Lernergebnissen und weniger Schulabbrüchen führten.

Herr Grendel erklärt, dass bereits im vergangenen Jahr ein ausführlicher Vortrag zur Thematik „Schulabbrecherquote“ gehalten worden sei und dass man derzeit an einem Maßnahmenpaket arbeite. Er betont, dass es sich bei der zugrunde liegenden statistischen Zahl nicht um eine Schulabbrecherquote handele, sondern um Schulabgänger ohne Abschluss aus dem allgemeinbildenden Schulsystem. Dies umfasse auch Schülerinnen und Schüler, die von der IGS in die Berufsschule wechseln, um dort ihren Abschluss zu machen, sowie Schülerinnen und Schüler der Förderschule, die als Schulabgänger ohne Abschluss in dieser Statistik erscheinen. Er erläutert, dass Emden aufgrund seiner Struktur als kleine kreisfreie Stadt mit einem großen Einzugsbereich Schwankungen in den prozentualen Anteilen der Abgänger habe. In der Vergangenheit habe es auch schon Quoten unter 10 % sowie über 10 % gegeben. Derzeit werde weiter an einer Analyse gearbeitet, und ein Maßnahmenpaket sei in Planung, um dieses Thema anzugehen.

Frau von Cölln schlägt vor, kleinere Schulen einzuplanen, um die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren. **Herr Grendel** äußert, dies könne eine Maßnahme sein. Es gebe aber beispielsweise auch Maßnahmen gegen Schulabsentismus, da Kinder bereits vor dem Alter von 14 Jahren der Schule fernbleiben würden. Derzeit werde ein Verfahren entwickelt, das auch für jüngere Jahrgänge Anwendung finden solle. Hierfür bestehe bereits Kontakt mit dem Jobcenter und ein entsprechendes Maßnahmenpaket sei in Arbeit.

Frau Kujas, Schülerin an der OBS Herrentor, fragt, was mit der Schülerfirma geschehe, die gerade neu aufgebaut worden sei, wenn ihre Schule zur IGS werden solle. **Herr Grendel** antwortet, dass er das Projekt einer Schülerfirma begrüße. Die Umwandlung der Schule in eine IGS sei ein schrittweiser Prozess. Nur die neuen Jahrgänge würden als IGS-Schüler eingeschult, die älteren Jahrgänge würden ihren Abschluss weiterhin als Oberschüler machen.

Herr Kramer, Schülervertreter des 9. Jahrgangs an der OBS Herrentor, fragt, warum die neu sanierten Anlagen, wie der Schulhof und die digitalen Tafeln, nun der IGS zugutekommen sollten. **Herr Grendel** erklärt, dass die Stadt Emden die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt habe, um die Schulen mit den notwendigen digitalen Tafeln und anderen Infrastrukturmaßnahmen auszustatten. Diese Investitionen kämen weiterhin allen Schülerinnen und Schülern aus Emden zugute.

Frau Grave, Lehrerin an der OBS Herrentor, fragt, ob der Einzug der IGS-Klassen in die Herrentorschule erneut nur als Übergangslösung geplant sei, wie es zuvor mit der Osterburgschule der Fall war. **Herr Grendel** sagt, dass es viele Veränderungen in der Schullandschaft geben werde. Er führt aus, dass sich die Abschlüsse und die Schullandschaft seit seiner Jugend stark verändert hätten. Es gebe einen Planzeitraum von 5 - 7 Jahren, für den eine Entscheidung getroffen werden müsse. Sollte sich die Entscheidung als falsch herausstellen, könne es zu weiteren Veränderungen kommen.

Herr Janßen, Elternratsvorsitzender der OBS Herrentor, äußert den Wunsch nach einer frühzeitigen Beteiligung und fragt, ob es möglich sei, den Elternwillen bezüglich einer alternativen, wohnortnahen Schulform wie einer Realschule zu erfragen.

Herr Grendel erklärt, dass der Vorschlag zur Realschule bereits in einem früheren Workshop diskutiert und abgestimmt worden sei, wobei er eine starke Unterstützung erhielt. Allerdings äußert er Bedenken, dass der Elternwille, der für eine Realschule plädiere, nicht unbedingt die langfristige Lösung für das Schulsystem sei. Dieser "Elternwille" führe derzeit zu Problemen wie der Überbuchung von Gymnasien und Rückläufern. Er betont, dass die Verwaltung den Vorschlag professionell erarbeitet habe, auch wenn er möglicherweise nicht allen gefalle.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Er führt weiter das Beispiel aus Aurich an, wo die Realschule trotz großer Unterstützung der Schulträger und häufiger Anwahl durch die Eltern nicht den gewünschten Effekt hatte, dass mehr Schülerinnen und Schüler von den Gymnasien zur Realschule wechselten. Stattdessen habe die zuvor langjährig sehr erfolgreiche IGS erheblich an Größe und Akzeptanz verloren, da Eltern, die früher die IGS wählten, nun die Realschule bevorzugten. Daher sei es fraglich, ob der Elternwille allein eine sinnvolle Grundlage für die strategische Planung sei.

Herr Grendel schlägt vor, eine qualitative Befragung der Eltern durchzuführen, um ihre Bedürfnisse im Schulsystem genauer zu erfassen, statt nur zu fragen, ob sie eine Realschule wollten. Dabei hebt er hervor, dass eine solche Umfrage aufwendig wäre und die repräsentative Teilnahme der Eltern notwendig wäre, um verlässliche Ergebnisse für die Schulentwicklungsplanung zu erhalten.

Frau Kolvenbach, Lehrerin an der IGS Emden, fragt, wie die Drittelung der Schülerschaft in der IGS gefördert werden solle, wenn die Gymnasien entweder kleiner würden, eine Schule geschlossen werde oder die Zügigkeit sogar auf acht erhöht werde. **Herr Grendel** erläutert, dass die Rückläufer von den Gymnasien in der Vergangenheit bevorzugt die IGS gewählt hätten, um dort einen höheren Abschluss zu erlangen. Da die IGS jedoch bereits fünfzünftig besetzt sei, könne sie keine weiteren Schülerinnen und Schüler als Rückläufer aufnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Drittelung der Schülerschaft haben.

Herr Goldschmidt, Schüler der 9. Klasse der OBS Herrentor, fragt, warum die funktionierende OBS Herrentor geschlossen werden solle, um Platz für eine IGS zu schaffen, die bereits das GaT-Gebäude als Schule erhalten habe. **Herr Grendel** entgegnet, dass der Vorschlag aus der Notwendigkeit resultiere, in der strategischen Planung zu regulieren und Investitionen zu steuern. Ohne diesen Schritt könnte es zu einem höheren Investitionsbedarf kommen, ohne dass die Rückläufer aus den Gymnasien in die IGS aufgenommen werden könnten.

Frau Kruse bittet darum, nun Fragen zu stellen, die nicht die Herrentorschule betreffen, da bereits viele Fragen zu diesem Thema gestellt worden seien und noch 10 Minuten verbleiben würden.

Frau Streunding, Lehrerin an der IGS Emden, fragt, wie die Stadt sicherstellen wolle, dass die personelle Ausstattung auch bei einer achtzügigen Schule gewährleistet sei, da man schließlich nicht einfach Lehrkräfte von der Herrentorschule übernehmen könnte. **Herr Grendel** räumt ein, dass dies ein Prozess sei, der Zeit brauche. Er verweist darauf, dass es bereits gelungen sei, eine leistungsfähige IGS mit teilweise vorhandenen Lehrkräften aufzubauen. Er sei zuversichtlich, dass auch eine achtzügige IGS mit entsprechendem Lehrpersonal ausgestattet werden könne.

Frau Streunding weist darauf hin, dass sie im Personalrat sei und an den Einstellungsverfahren teilnehme. Es sei schwer, Lehrkräfte zu finden, die an die Schule kommen wollten. **Herr Grendel** erklärt, dass der Fachkräftemangel in vielen Berufsgruppen in Emden spürbar sei und das Problem unabhängig von der Schulform bestehe. Die Herausforderung, geeignete Lehrkräfte zu finden, sei groß, aber der Prozess der Umwandlung in eine IGS biete auch Chancen. Es könne auch Personal von anderen Oberschulen Interesse haben, an der IGS zu unterrichten.

Als **Frau Kruse** ankündigt, dass aufgrund der knappen Zeit nur noch zwei Fragen zugelassen würden, plädiert **Herr Nützel** dafür, alle Fragen zuzulassen, da auch andere Beteiligte zu Wort kommen sollten, um ein umfassenderes Bild zu erhalten.

Herr Grendel zeigt Verständnis für den Vorschlag und erklärt, dass er keine Bedenken habe, die Fragen auch im Nachgang zu beantworten. Er merkt an, dass es jedoch eine Frage der Konzentration und Zeit sei, inwieweit er dies weiterhin in der gleichen Qualität leisten könne.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Er äußert zudem Zweifel daran, ob durch die vielen Stimmen aus der Herrentorschule und der IGS ein umfassendes Bild der Situation entstünde. Die Verwaltung habe zuvor ein Beteiligungsverfahren durchgeführt, an dem alle Schulleiter teilgenommen hätten. Auch viele Ausschussmitglieder, die an den Workshops beteiligt gewesen seien, hätten die Stimmung aufgenommen und das Thema gehört.

Herr Grendel hebt hervor, dass er den Vorschlag der Verwaltung als Ausgangspunkt sehe und nun die Politik entscheiden müsse, in welche Richtung sie gehen wolle. Letztlich werde sich zeigen, ob die Entscheidung die richtige war.

Frau Kruse weist darauf hin, dass ebenfalls die Möglichkeit bestehe, Beteiligte in die Fraktionen einzuladen, um ein umfangreicheres Bild zu erhalten. Gleichzeitig müsse jedoch auch die Geschäftsordnung eingehalten werden, was durch das NKomVG vorgegeben sei.

Herr Pagendarm, Lehrer an der IGS Emden fragt, wie die Drittelung der Schülerschaft in der IGS gewährleistet werden könne, wenn gleichzeitig 440 Schüler aus der OBS in das System aufgenommen würden, was die Rückläufer der Gymnasien nicht auffangen könnten. Er bezweifelt, dass die Grundlage für die IGS durch den aktuellen Beschluss noch gegeben wäre.

Herr Grendel antwortet, dass er dies als Statement verstehe und keine direkte Antwort darauf geben wolle. Er erklärt, dass die Eltern entscheiden, welche Schule ihre Kinder besuchen, und dass die Attraktivität der Schule entscheidend sei. Als Stadt könne man keine Steuerung auf den Elternwillen ausüben, sondern lediglich Schulbezirke für Schulen gleichen Typs bilden.

Herr Petereit fragt, warum die nicht-gymnasialen Schulformen, die bereits einen großen Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit und Inklusion leisten, im Entwicklungsplan entweder auslaufen oder in ihrer Entwicklung behindert werden sollten, während gleichzeitig weiterhin in die Gymnasien investiert werde. **Herr Grendel** erklärt, dass nicht zusätzlich in die Gymnasien investiert werde, sondern dass der Anbau des Max-Windmüller-Gymnasiums notwendig sei, um den bestehenden Raumbedarf zu decken, da die Schule seit Jahren vierzünftig in einem dreizügigen Gebäude betrieben werde. Die IGS sei ebenfalls ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und es gebe weiterhin zwei Oberschulen in Emden, die weiter gestärkt werden sollen, insbesondere durch Modellversuche und neue Lernkonzepte.

Herr Tapper, Schulleiter des Max-Windmüller-Gymnasiums, fragt, warum die Begrenzung der Zügigkeit nur für das MAX und nicht auch für das JAG eingeführt werde, da dies zu Problemen bei der Planbarkeit und der Attraktivität führen könnte. **Herr Grendel** antwortet, dass im ursprünglichen Szenario beide Gymnasien begrenzt werden sollten, aber man sich zunächst für die Begrenzung des MAX entschieden habe, um zu vermeiden, dass Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Aurich abgewiesen werden müssten. Eine Zügigkeitsbegrenzung beim JAG würde eingeführt, wenn dies notwendig werde, basierend auf den Ergebnissen der ersten Maßnahme.

Herr Heß, Gründungsmitglied der IGS-Planungsgruppe und ehemaliger Personalratsvorsitzender, fragt, ob vor der Erstellung des aktuellen Schulentwicklungsplans ausführlich mit den betroffenen Schulleitungen, Personalräten und Elternvertretern über die geplanten Veränderungen gesprochen worden sei. Er kritisiert, dass Entscheidungen plötzlich veröffentlicht wurden, ohne dass die betroffenen Gruppen ausreichend informiert worden seien.

Herr Grendel weist die Unterstellung zurück, dass die Planung hinter verschlossenen Türen stattgefunden habe. Er erklärt, dass alle Schulleitungen an den Workshops beteiligt gewesen seien und dass der Vorschlag, der nun vorliege, auf den Ergebnissen dieser Workshops basiere. Er hebt hervor, dass der Prozess auf strategischer Ebene stattfände und die Beteiligung der Personalräte, Schulkörper und Eltern erst in der Umsetzungsphase erfolgen werde. Es gebe formale Beteiligungsverfahren, die gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz vorgesehen seien. Am Ende sei der Rat der Stadt Emden für die Entscheidung verantwortlich.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Frau Kruse bedankt sich bei Herrn Grendel und kündigt das Ende der Einwohnerfragestunde an. Fragen, die noch gestellt werden wollten, könnten schriftlich eingereicht werden.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 5 Schulentwicklungsplan der Stadt Emden
Vorlage: 18/1639

Herr Grendel freut sich über die rege Teilnahme am Schulausschuss und erklärt, dass die Schulentwicklungsplanung ein spannendes, langfristiges Thema sei, das viel Aufmerksamkeit erzeuge. Er stelle im Folgenden das bisherige Verfahren zur Schulentwicklungsplanung vor und erklärt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner nach der Präsentation Fragen stellen könnten. Normalerweise sei die Einwohnerfragestunde vor den Tagesordnungspunkten, jedoch sei dies aufgrund der Präsentation eine Ausnahme.

Des Weiteren erläutert er, dass das Team, das den Schulentwicklungsplan erarbeitet habe, interdisziplinär gearbeitet habe und es seine Aufgabe als Mitglied des Verwaltungsvorstandes sei, den politischen Gremien einen Vorschlag vorzulegen. Das Team habe unter anderem aus Fachkräften des Fachdienstes Schule, Bildung und Sport, sowie der Schulentwicklungsplanerin Frau Preßler und der Bildungsmanagerin Frau Eiklenborg bestanden.

Herr Grendel stellt anschließend die Schulentwicklungsplanung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Abschließend hofft er, dass der Vortrag bereits viele Fragen beantwortet habe und freut sich auf Anregungen und Fragen.

Frau Kruse bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und kehrt dann zu TOP 4 „Einwohnerfragestunde“ zurück.

Anschließend leitet sie die Sitzung erneut zur Diskussion des TOP 5, Vorlage 18/1639 „Schulentwicklungsplanung der Stadt Emden“ über.

Frau Noetzel äußert, dass die SPD-Fraktion beantrage, die Beschlussvorlage in die Fraktionen zurückzugeben, da noch Beratungsbedarf bestehe. Sie lobt die Organisation der Workshops, kritisiert jedoch, dass einige Vorschläge wenig konkret und eher Visionen gewesen seien. Sie fordert eine substanzielle Überarbeitung der Vorlage und äußert Bedenken bezüglich des Zeitdrucks. Ihrer Ansicht nach sollte Qualität vor Geschwindigkeit stehen, da es sich um eine grundlegende Entscheidung für die Zukunft der Schullandschaft handle.

Sie spricht zudem die IGS als Startchancenschule an und stellt infrage, wie der Ausbau auf acht Züge umsetzbar sei, da die Unterstützung der Lehrkräfte, die Landesbedienstete seien, eine Herausforderung darstelle. Sie fragt, wie die Umsetzung dieses Ausbaus geplant sei und wie die Lehrkräfte dabei unterstützt werden könnten.

Herr Grendel nimmt Stellung und erklärt, dass die Verwaltung alle Vorschläge aus den Workshops sorgfältig aufgenommen und protokolliert habe. Es sei ihre Pflicht gewesen, diese Vorschläge zu berücksichtigen und nicht von vornherein auszuschließen. Er widerspricht dem Vorwurf, dass die Vorschläge nicht ausreichend bewertet worden seien, und betont, dass es Teil des Partizipationsverfahrens sei, alle Ideen zunächst zu strukturieren und mitzunehmen.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Er erläutert, dass der Vorschlag vor der Sommerpause eingebracht worden sei, mit dem klaren Hinweis, dass die endgültige Entscheidung erst am 23.09.2025 getroffen werden würde, was ausreichend Zeit für Beratungen lasse. Falls die Politik dann noch keine Entscheidung treffen könne, sei es ihre Initiative und Verantwortung, das Verfahren durch entsprechenden Antrag zu verlängern.

Herr Grendel hinterfragt gleichzeitig die Sinnhaftigkeit von Beteiligungsverfahren, wenn die Ergebnisse später in Frage gestellt und diskreditiert würden. Er kritisiert, dass trotz einer aufwendigen Workshop-Reihe und der Beteiligung aller Schulleitungen sowie der zügigen Weitergabe der Ergebnisse, die Kritik an der Beteiligung und der Ausgewogenheit der Ergebnisse weiterhin geäußert werde.

Herr Götze berichtet von der Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur Herrentorschule. Die GEW unterstütze grundsätzlich die Förderung der Integrierten Gesamtschulen, sehe jedoch den geplanten Ausbau der IGS auf mehreren Standorten kritisch, da dies die Qualität des Unterrichts und die Zusammenarbeit des Kollegiums gefährden könnte. Insbesondere sei das Pendeln der Lehrkräfte zwischen mehreren Standorten problematisch. Die GEW befürchte, dass der erfolgreiche Aufbau der IGS und ihrer gymnasialen Oberstufe durch die geplanten Änderungen gefährdet werde.

Herr Grendel erklärt, dass viele Stellungnahmen sehr schnell eingegangen seien, was ihn verwundere, da der Vorschlag erst heute eingebracht wurde und erst am 28.05.25 online gestellt worden sei. Die Initiative der OBS Herrentor sei jedoch bereits am 20.05.25 entstanden, unmittelbar nach dem Workshop, den Frau Rautmann zudem vorzeitig verlassen hatte. Er könne die Reaktionen verstehen, betont jedoch, dass zu diesem Zeitpunkt noch kein endgültiger Vorschlag der Verwaltung vorgelegen hätte.

Herr Held äußert, dass er ein Missverständnis bezüglich der Workshops aufklären möchte. Er stellt klar, dass das von Frau Noetzel angesprochene Vorgehen mit den vielen Karten aus der Workshop-Reihe des Ganztagsausbaus stamme. In den Workshops zur Schulentwicklungsplanung sei bewusst aus verschiedenen Perspektiven gearbeitet worden, insbesondere aus der Perspektive der Kinder. Diese Perspektive sei entscheidend, da die Schulentwicklungsplanung nicht nur den aktuellen Schülerinnen und Schülern, sondern auch den zukünftigen zugutekommen müsse.

Er weist darauf hin, dass es auch legitim sei, die Diskussion aus der Perspektive von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu betrachten, da die Schullandschaft auch ein wichtiger Standortfaktor sei. Die BBS sei in diesem Kontext ein wichtiger Akteur, der jedoch nicht im Schulentwicklungsplan erwähnt werde. Dies sei durch den parallelen Strategiedialog zur beruflichen Bildung bedingt, aber er betont, dass auch die Entwicklung der BBS in diesem Prozess berücksichtigt werden müsse.

Zu den Umsetzungszeiträumen fragt er, ob die Umsetzung der Pläne 2025/26 oder 2026/27 erfolgen solle, und bittet um Klarstellung. Er stellt fest, dass die CDU-Fraktion den Schulausschuss als Beginn der Beratung sehe und die Vorlage ebenfalls – wie es ohnehin kommuniziert worden sei – in die Fraktion zurückweisen wolle, um weitere Beratungen vorzunehmen.

Er betont, dass es wichtig sei, die Diskussion in Emden nicht gegeneinander zu führen, sondern auf der Basis von Argumenten. Als selbst zugezogener Lehrer habe er in vielen Gesprächen mit Kollegen erlebt, dass solche Konflikte in der Vergangenheit zu langanhaltenden Wunden geführt hätten. Die CDU-Fraktion wolle eine sachliche Diskussion führen und den Dialog auf Augenhöhe fördern.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Zum Schluss geht er auf den Applaus ein, der heute viele erreicht habe, und stellt fest, dass der Stadtrat Volker Grendel bisher noch keinen Applaus erhalten habe. Er hebt hervor, dass die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung im Schulbereich in den letzten Jahren viel bewirkt habe und dass dies nicht in allen Kommunen selbstverständlich sei. Er bittet darum, auch den Stadtrat und sein gesamtes Team für ihre Arbeit zu würdigen.

Herr Mennenga unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls und gibt an, dass auch seine Fraktion weiteren Beratungsbedarf habe, weshalb ein Termin mit der Schulleitung anstehe.

Herr Busch bedankt sich für den detaillierten Vortrag und lobt die gute Übersicht der Verwaltung über die Schulen. Er betont, dass die Idee, die Herrentorschule als Realschule weiterzuführen, eine vernünftige Lösung für die Schullandschaft sei. Er erwähnt auch die Möglichkeit, Räumlichkeiten an der Barenburgschule zu nutzen, um die IGS weiterzuentwickeln, und dass die Entfernung zur IGS dies ermöglichen könnte. Die FDP-Fraktion unterstützte ebenfalls den Antrag der SPD-Fraktion und meint, dass es sinnvoller gewesen wäre, bereits im Vorfeld eine solche Lösung zu finden, um den Prozess frühzeitig anzustoßen.

Herr Grendel erklärt, dass der Vorschlag, die Herrentorschule zur Realschule zu machen, in den Szenarien zwar betrachtet wurde, jedoch ursprünglich die OBS Borssum als Realschule vorgesehen war. Er erläutert, dass das Ziel des Schulentwicklungsplans darin bestehe, Rückläufer von Gymnasien zu integrieren, und dass die Schaffung einer Realschule an der Herrentorschule dieses Ziel möglicherweise nicht erreichen würde, da Erfahrungen in Aurich zeigten, dass eine Realschule eher die IGS schwäche und nicht die Anwahl der Gymnasien regulieren könne. Daher sei man auf eine andere Lösung ausgewichen. Er verweist darauf, dass das Land und das regionale Landesamt für Schule und Bildung die Einführung einer vierten Schulform, wie einer weiteren Realschule, nicht befürworteten.

Herr Busch äußert, dass gesellschaftspolitische Überlegungen eine Rolle spielten und betont, dass die Förderung von Brennpunktschulen wie der IGS und der OBS Borssum zu hinterfragen sei. Er betont, dass die Herrentorschule als Realschule und als selbstständige Schule erhaltenswert sei und dass seine Fraktion sich voraussichtlich auch nach diesem Meinungsprozess für den Erhalt der Schule einsetzen werde.

Herr Grendel betont, dass alle Schulen grundsätzlich erhaltenswert seien und dass es bei der Schulentwicklungsplanung um eine strategische Entscheidung gehe, die auf konkreten Daten, Fakten und Überlegungen basiere. Er sagt, dass es nicht darum gehe, Schulen gegeneinander auszuspielen, sondern eine Lösung zu finden, die langfristig sinnvoll sei.

Herr Janssen bedankt sich bei Herrn Grendel für den Vortrag und erklärt, dass er viele der angesprochenen Punkte unterstütze, insbesondere die Ausführungen von Herrn Busch. Er erinnert daran, dass die politischen Vertreter die Entscheidung treffen würden, wie es weitergehe, und äußert, dass der Vorschlag der Verwaltung in seiner jetzigen Form politisch schwierig umzusetzen sein könnte. Die GfE-Fraktion würde es jedoch bevorzugen, die Herrentorschule wieder als Realschule zu führen. Dies würde die Möglichkeit bieten, den Fokus auf die örtliche Wirtschaft zu legen und den Schülern einen umfassenden Überblick über verschiedene Berufsfelder zu geben, um sie besser auf die Arbeitswelt vorzubereiten.

Er schlägt vor, dass die Realschule Herrentor mit Unternehmen aus Emden zusammenarbeiten könnte, um Schulpraktika, Berufsorientierungsmaßnahmen und Bildungsbereichspartnerschaften anzubieten. Dies könnte den Schülern helfen, frühzeitig mit der Arbeitswelt in Kontakt zu kommen und ihre beruflichen Interessen zu fördern. Diese Zusammenarbeit würde auch den Druck von der IGS nehmen, da Schüler, die nicht auf das Gymnasium gehen möchten, eine weitere Schulform wählen könnten.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Er betont, dass die Realschule in der Vergangenheit einen guten Ruf gehabt habe und dass die GfE-Fraktion die Herrentorschule als Realschule zu erhalten als die einzige Möglichkeit sehe, um die Schüler weiterhin optimal auf das Leben vorzubereiten. Er kündigt an, dass die GfE-Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen werde, möglicherweise in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen, und dass sie die Entscheidung im September abwarten würden. Auch sie wollten keinen Schnellschuss, sondern eine wohlüberlegte Entscheidung treffen. Abschließend bedankt er sich für die Arbeit, die in den Vorschlag investiert worden sei.

Herr Göring bedankt sich für den Vortrag und stimmt dem Antrag von Frau Noetzel zu, dass noch weiter über die Thematik gesprochen werden müsse, da man noch nicht weit genug sei. In der vergangenen Woche seien bereits externe Beratungen durchgeführt worden, die etwas Klarheit brachten. Er erinnert an die problematische Osterburg-Schulabwicklung und betont, dass man sicherstellen müsse, dass sich solche Fehler nicht wiederholen.

Er äußert Skepsis, ob bis September eine Lösung gefunden werde, da das Thema sehr komplex sei. Er unterstützt die Notwendigkeit, die Transparenz gegenüber Eltern und Schülern zu verbessern, da es in der Kommunikation bisher noch Probleme gebe. Abschließend hebt er hervor, dass eine bessere Informationspolitik viele Bedenken im Vorfeld hätte klären können.

Herr Grendel entgegnet, dass die Verwaltung in der Pflicht sei, einen Vorschlag zu machen, der auf fachlicher Expertise basiere und mit Unterstützung der Schulleitungen erstellt worden sei. Der Vorschlag sei konsistent, und es sei der Politik freigestellt, diesen zu ändern, jedoch müsse sie dann die Verantwortung für die Folgen dieser Veränderungen übernehmen.

Er spricht an, dass bereits vor der Vorstellung des Vorschlags mit anderen Fachleuten gesprochen worden sei. Dies sei Teil des politischen Systems, in dem die Verwaltung verpflichtet sei, der Politik Vorschläge rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. Er bedauert, dass die Diskussion bereits ohne vollständige Präsentation der Vorlage begann. Dies sei zwar enttäuschend, aber Teil der demokratischen Kultur und des Transparenzgesetzes, dem die Verwaltung unterliege.

Herr Grendel erklärt weiter, dass die Verwaltung trotz der Kritik, die sie für das Verfahren erhalten habe, nicht auf die Presseberichte oder Anschreiben reagiert habe, da man an diesem Thema bereits seit einem Dreivierteljahr arbeite. Das Thema sei komplex und er fordere nun die Politik auf, zu entscheiden, ob und wie der Vorschlag geändert werden solle.

Herr Ohling zeigt Verständnis für den Unmut von Herrn Grendel, erklärt jedoch, dass er die Reaktion von Frau Rautmann und der Herrentorschule gut nachvollziehen könne. Auch die Reaktionen von anderen, wie der GEW, seien verständlich und gehörten zum politischen Tagesgeschäft. Er stellt klar, dass es offensichtlich sei, dass die Beschlussvorlage heute nicht verabschiedet werde, und betont, dass die Absicht aller Anwesenden darin bestehe, einen guten Kompromiss zu finden, egal in welche Richtung dieser gehe.

Frau Mentjes stellt mehrere Fragen und kritisiert das späte Hochladen der Vorlage, das ihrer Meinung nach zu kurz für eine gründliche Vorbereitung gewesen sei. Besonders hinterfragt sie, warum der Anbau am MAX geplant sei, aber nicht an der IGS, obwohl die IGS ein großes Raumdefizit habe. Für sie wäre es naheliegender, bei der IGS anzubauen, bevor man einen neuen Standort wähle. Zudem äußert sie Unzufriedenheit mit der Antwort zur Drittelung der IGS, da sie der Meinung sei, dass diese nicht richtig beantwortet wurde und die Klassen neu aufgeteilt werden müssten, was schwierig umzusetzen sei.

Sie kritisiert die Formulierung „Umwandlung“ der OBS, da dies eher eine Übernahme sei und unglücklich kommuniziert wurde. Auch das Thema Planungsfreiheit finde sie unklar, besonders die Entscheidung, die 5. und 6. Klassen an die Herrentorschule zu verlegen. Schließlich stellt sie

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

eine Frage zum zusätzlichen Personal und fragt, ob dieses in gleichen Teilen für die IGS und die anderen Schulen bereitgestellt werde. Sie fragt sich, warum das Gymnasium nicht die Schüler abweise, wenn es nur dreizügig sei, und warum man nicht einfach bei der bestehenden Struktur bleibe.

Abschließend wehrt sie sich gegen die Bezeichnung der IGS als „Brennpunktschule“ und erklärt, dass diese Stigmatisierung ihr und den betroffenen Schülern gegenüber unangemessen sei, da es als Diskriminierung wahrgenommen werde.

Herr Grendel erklärt, dass er nicht alle Fragen erneut kommentieren werde, da viele bereits beantwortet worden seien und Frau Mentjes selbst Teil der Workshops gewesen sei, wo Fragen hätten gestellt werden können. Der Vorschlag, das MAX vierzügig auszubauen, sei bereits im ersten Workshop behandelt und dokumentiert worden. Er weist darauf hin, dass der Prozess der Erstellung des Vorschlags Zeit benötigt, da die Ergebnisse der Workshops dokumentiert und der Beschlussvorschlag der Verwaltung erarbeitet werden müsse, bevor dieser durch interne Gremien und den Oberbürgermeister geprüft werde.

Er hebt hervor, dass der Tagesordnungspunkt seit zwei Wochen bekannt war und die Vorlage zwar spät eingereicht wurde, aber von Anfang an klar gewesen sei, dass heute kein Beschluss gefasst werden sollte. Der Beschlusshorizont sei für den 23.09. gesetzt, um den Fraktionen ausreichend Zeit zur Beratung zu geben. Der Schulausschuss sei ein vorbereitendes Gremium, das den Vorschlag zunächst berät, bevor er an den Verwaltungsausschuss und den Rat weitergeleitet werde. Auch der Rat könne den Vorschlag noch ändern. Abschließend erklärt er, dass der normale Gremienweg damit eingehalten werde.

Herr Nützel lobt zunächst die Arbeit der Verwaltung bei der Ausarbeitung der Beschlussvorlage und der Beantwortung der Fragen, kritisiert jedoch erneut, dass nicht alle Fragen ausreichend angehört worden seien. Er stimmt Herrn Grendel zu, dass es unglücklich war, dass die Schulleiterin der Herrentorschule Informationen öffentlich gemacht hatte, die zu Missverständnissen und emotionalen Reaktionen geführt hatten. Das habe die sachliche Diskussion erschwert.

Er kritisiert die Vorwürfe von Workshop-Teilnehmern, dass die Vorlage nicht ordnungsgemäß erarbeitet worden sei, und weist darauf hin, dass der Austausch mit Schulleitungen und Schulvertretern durch die Workshops ein wertvolles Mittel sei. Er äußert, dass es wichtig sei, dass Elternvertreter und Schüler in die Workshops einbezogen werden, um den Informationsfluss zu verbessern. Zudem bemerkt er, dass die Idee, die Herrentorschule oder die OBS Borssum als Realschule zu führen, problematisch sei, da die Landesschulbehörde diese Schulform nicht mehr befürworte.

Herr Nützel stellt dann eine Frage zum Szenario 4 und erkundigt sich nach einer Vereinbarung für Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Leer, ähnlich wie es eine mit dem Landkreis Aurich gebe. Er schlägt vor, Schülerinnen und Schüler aus Aurich zumindest bei der Schulanmeldung in den hinteren Prioritäten zuzulassen, da dies die Situation in Emden entlasten könnte. Abschließend betont er, dass die politische Diskussion weitergehen müsse, und bedankt sich bei den vielen Besucherinnen und Besuchern der Sitzung.

Frau Kruse bedankt sich bei Herrn Grendel und seinem Team für ihre Arbeit und den ausführlichen Vortrag. Sie stellt fest, dass die Fraktionen sich einig seien, dass heute kein Beschluss gefasst werde. Die Vorlage werde zurück an die Fraktionen gegeben, die sich weiter beraten würden.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2025

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den der Vorlage 18/1639 anliegenden Schulentwicklungsplan und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahmen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung und dankt allen Anwesenden, den Besucherinnen und Besuchern und der Verwaltung für eine faire Veranstaltung.